

Was bedeuten die Vorschläge der Hartz-Kommission?

Was Schröder und Stoiber in der Schublade haben

Solch einen Vorstoß hat es noch nicht gegeben!

In der letzten Zeit werden jetzt verschiedene Kritiken am Hartz-Papier vorgebracht und Abänderungen wie, daß man die Leistungen für Arbeitslose nicht kürzen wolle und daß dies nur ein ‚Gestaltungsprogramm‘ sei, das angeblich eine Verbesserung für die Arbeiter plant. In Wirklichkeit sind das die Pläne in Reinkultur, die in den Papieren der Hartz-Kommission stehen und die unter diesem oder jenem Namen jetzt wieder und wieder erscheinen werden.

Ein konzentrierter Angriff gegen die Arbeiter und Angestellten, gegen hier noch vorhandene sozialer Rechte - das ist es, was das vorgelegte Konzept, die Pläne und Vorschläge der Hartz-Kommission, darstellt. Und über diese Richtung des Kapitals hin zu einer Verschärfung der Ausbeutung, darin scheinen sich die diversen herrschenden bürgerlichen Kräfte und Cliques, einschließlich der Spitzen der Gewerkschaftsführung mit dem Kapital einig.

Wir rufen alle Arbeiter und Angestellten, Gewerkschafter, linken Organisationen und Gruppen sowie alle fortschrittlichen Kräfte auf, diese Pläne, diese ganze Richtung entschieden anzugreifen und sich im Kampf dagegen zusammenzuschließen.

Das Kapital verstärkt, gestützt auf die internationale Ausbeutung, auch hier seinen Druck gegen Arbeiter und Angestellten. Vorstände aus Konzernen, Banken und Unternehmensverbände legen sich ins Zeug, um mit ihren Forderungen durch zu kommen. So titelte z.B. "Die Welt" am 7. Juli: "Wut der Wirtschaft wächst - Die deutsche Wirtschaft geht aufs Ganze und fordert eine Rosskur für den Standort D - innerhalb eines halben Jahres". Und weiter wurde berichtet: "Jetzt, knapp zehn Wochen vor dem Wahltermin, geht die Wirtschaft aufs Ganze. Fordert Reformen an Haupt und Gliedern. Die nächste Regierung - egal wer

das Rennen macht - solle was tun."...."Immerhin wittern die Wirtschaftsfürsten erste Reformen durch die Arbeit der Hartz-Kommission. Martin Kannegiesser erzählt: Meine erste Reaktion auf das Hartz-Papier war: Jetzt kommt endlich was in Bewegung."

Von den Parteien hätte die FDP, allen voran, die Pläne der Hartz-Kommission am liebsten gleich umgesetzt. Und Schröder hat sich und seine SPD als **die** Kraft bei der Umsetzung angeboten, die als Einzige in der Lage sei, diese Pläne ohne politischen Bruch umzusetzen. Überhaupt war es die Sozialdemokratie, die die Hartz-Kommission ins Leben gerufen und beauftragt hat, in diese Richtung zu arbeiten. Die Gewerkschaftsführer, nach ihrer Unterredung mit Schröder über das Hartz-Papier, und eh in ihrer Propaganda auf die Wiederwahl der SPD orientierend, unterstrichen Schröders Aussage mit ihrer beflissentlichen Zustimmung zu der Richtung der Hartz-Vorschläge. Der DGB-Vorsitzende Sommer sagte, daß die Gewerkschaften die Vorschläge der Hartz-Kommission "positiv aufnehmen" und, daß sie "in die richtige Richtung" gehen. Oder IGM-Vorsitzender Zwickel: "Ich sage Ja zu den von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen Personal-Service-Agenturen."

Natürlich sind auch die Grünen dafür: "Ein Gesamtkonzept der Hartz-Kommission liegt noch nicht vor.....So viel können wir aber bereits feststellen: Was bisher über das Ziel, die Richtung und den zukünftigen Veränderungsbedarf bekannt geworden ist, passt mit vielen grünen Vorschlägen zusammen."

Kritik, die aus der CDU/CSU kommt, betrifft bestimmte Punkte. Auch sie haben sich zustimmend zur grundsätzlichen Linie des Abbaus geäußert, versuchen aber zur eigenen Profilierung noch ein eigenes Konzept dazu nachzuschieben. "Seehofer: Wir werden dagegen unser Stoiber-Regierungsprogramm mit den Reformen des Arbeitsmarktes nach der Wahl sofort umsetzen: Am wichtigsten ist die Schaffung von Jobs im Niedriglohnbereich, die dann auch angenommen

werden müssen." Stoiber selbst äußerte zum Konzept der Hartz-Kommission, daß dieses eine Reihe von *"vernünftigen Reformschritten"* enthalte, und hob dabei Kernpunkte wie Förderung des Niedriglohnsektors und die Einrichtung von Job-Centern hervor.

Lothar Späth, der Wirtschaftsfachman im Stoiber-Team, hatte die Pläne der Hartz-Kommission gleich nach bekannt werden gar als revolutionär bezeichnet.

Auf die Kritik der PDS an den Hartz-Plänen kann man wenig geben, denn sie hat bereits bekundet, sogar eine SPD/Grüne Minderheitsregierung zu tolerieren und stützt so die Vorantreiber dieser Pläne und ihre Umsetzung letztlich doch.

Was von der Hartz-Kommission jetzt vorgeschlagen wurde, ist eine Bündelung von sehr tiefgreifenden und einschneidenden Maßnahmen, die entschieden abzulehnen sind. Diese Pläne müssen unbedingt breit und ausgiebig behandelt und diskutiert werden, dagegen muß ein breiter Widerstand aller Arbeiter und Angestellten aufgebaut werden. Und wenn die Gewerkschaftsführung nicht von ihrer beflissenen Zustimmung und Unterstützung abrückt, wovon man allerdings nicht ausgehen kann, so muß der Widerstand in und aus den Gewerkschaften eben auch gegen sie entfaltet werden.

Die veröffentlichten Papiere aus der Kommission sind sehr umfangreich, sie umfassen mit den Kommissionsberichten der Teilprojekte, Hunderte von Seiten, so daß kaum in einer ersten oder einzigen Stellungnahme alles genügend behandelt werden kann. Wir wollen hier mit einigen wichtigen Punkten beginnen. Die angeführten Zitate stammen aus der Hartz-Präsentation *"Moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt - Vorschläge der Kommission zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit"*, sowie aus den Kommissionsberichten der Teilprojekte.

Die Konzeption in den Papieren der Hartz-Kommission dreht sich um die *"öffentlich rechtlichen organisierten Arbeitnehmerüberlassung"*. In der Umsetzung sollen das sogenannte *"Personal-Service-Agenturen"* (PSA), *"Transfergesellschaften"*, *"Arbeitsüberlassungs-Agenturen"* sein. *"Jedes Arbeitsamt wird künftig über eine eigene oder outgesourcte PSA verfügen"*

Das Arbeitsamt wird darauf ausgerichtet, *"gekündigte Arbeitnehmer übergangslos in Leiharbeits-*

verhältnisse zu übernehmen...., dass Entlassungen nicht in die Arbeitslosigkeit führen, sondern in Zeitarbeit überführt werden." Und um das durchzusetzen, wird den Arbeitern einiges diktiert und werden die Leistungen an sie stark runtergesetzt.

Die Arbeitsämter vermitteln die Arbeitslosen an diese *"Personal-Service-Agenturen"* und ähnliche Verleih- und Zeitarbeitsfirmen. Diese wiederum verleihen sie weiter an die Unternehmen, von denen sie womöglich vorher auf die Straße geschmissen worden sind. Teilweise sogar kostenlos um *"die Möglichkeit, zukünftige Arbeitnehmer kennen zu lernen und ggf. ohne rechtliche Probleme auszutauschen."*

Die Arbeitsverträge in den *"Personal-Service-Agenturen"* sollen auf 12 Monate befristet werden. Über die Entlohnung wird gesagt: *"Der Teilnehmer erhält ein gleichbleibendes Gehalt, das sich nach ortsüblichen Bedingungen ausrichtet."* Die schlechten Bedingungen und Praktiken der existierenden Verleihfirmen für Arbeitskräfte sind vielen schon bekannt. Da die PSA's des Arbeitsamtes nicht in Konkurrenz zu diesen treten sollen bzw. werden - es werden ja auch *"joint ventures"* des Arbeitsamtes mit diesen Verleihfirmen angestrebt - muß man davon ausgehen, daß deren Niedrigsentslohnung und deren Praktiken auch der Maßstab für die PSA's sein werden.

Arbeitern, denen gekündigt wurde, will man unter Androhung von Kürzungen beim Arbeitslosengeld zur *"Meldepflicht"* beim Arbeitsamt zwingen. Sie sollen sich unverzüglich nach der ausgesprochenen Kündigung beim Arbeitsamt melden. Die Kommission empfiehlt dazu *"dass Arbeitnehmer, die ihre Kündigung nicht spätestens am Tage der Kündigung dem Arbeitsamt mitteilen, Kürzungen der Anspruchsdauer von mindestens 6 Wochen erfahren"* Im Gegenzug dazu wird gegenüber den Firmen, die die Entlassungen aussprechen, geradezu eine perverse Kulanz an den Tag gelegt: *"der Arbeitgeber erhält bei Meldung Zugang zu Leistungen der PSA."* Das heißt nichts anderes, als daß gerade die Firma, die die Entlassung vorgenommen hat, sofortigen Anspruch auf billigere Arbeitskräfte, Anspruch auf Leiharbeiter bekommt. An so einem Punkt zeigt sich auch, wie diese Kräfte in der Sache zusammenspielen. Die Firmen werden geradezu ermuntert danach zu sehen, wo noch entlassen werden kann. *"Faktisch führt die verstärkte Einschaltung der Zeitarbeitsfirmen und PSA's aus Sicht der Unternehmen zu einer Neutralisierung des Kündigungsschutzes"* heißt es bei der Hartz-Kommission selbst.

Damit diese "Zeitarbeit" in den PAS's von den Arbeitern oder Angestellten angenommen wird, wird mit der Beschneidung des Arbeitslosengeldes gedroht: *"Wenn der Arbeitslose nach 3-6 Monaten das Angebot nicht annimmt, erhält er nur das reduzierte Arbeitslosengeld"* Den Leuten wird damit also praktisch die Annahme diktiert, das sollte man festhalten.

Generell sollen das Arbeitslosengeld und die Dauer des Bezuges überhaupt stark reduziert werden. Sogar eine Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe soll stattfinden.

"6 Monate Pauschalleistungen mit drei Tagessätzen ("Heimatkasse, Landeskasse, Bundeskasse"; kostenneutrale Festlegung), dann vom

-6-12. Monat genau gerechnetes Arbeitslosengeld (analog heutiges ALG) dann vom -12-24. Monat reduziertes Arbeitslosengeld (ersetzt in Höhe heutige Arbeitslosenhilfe und ggf. Hilfe zum Lebensunterhalt durch eine Regelung auf Basis des Finanzstatus s.o.)

Nach 24 Monaten läuft das Arbeitslosengeld grundsätzlich aus, danach wird Sozialgeld gezahlt (entspricht der heutigen Sozialhilfe)"

Dies ist natürlich eine weitere Herunterstufung für die Arbeitslosen, was viele Betroffenen und ihre Familien an die Existenzgrenzen drücken wird, und darunter.

Dazu muß man mal fragen: was geschieht eigentlich mit diesen ganzen Geldern, die den Arbeitslosen gestrichen werden? Immerhin rechnet die Hartz-Kommission mit 26,8 Mrd. Euro "Einsparung" von 2003 bis 2005 aus ihrem Projekt, wobei da diese Streichungen mit eingerechnet sind. Der Verwaltungs- und Vermittlungsbereich der Arbeitsämter erfährt aber laut Hartz-Papier keine nennenswerten Einsparungen, der Schwerpunkt liegt dort auf einer dem Vorhaben angepaßten Umstrukturierung. Im Papier heißt es: *"Durch die Reduzierung der Arbeitslosenzahl und Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit können die notwendigen Maßnahmen finanziert werden."* Soll das bedeuten, die Gelder, die den Arbeitslosen gestrichen werden, fließen genau in den Apparat, der sie drangsaliert?! Das entspräche allerdings den hiesigen Verhältnissen durchaus, daß ein Teil heruntergepresst wird während ein anderer Teil erstmal daran "mit profitieren" darf.

In Zukunft soll der arbeitslose Arbeiter derjenige sein, der beweisen muß, in wieweit eine Arbeit

für ihn zumutbar ist oder nicht. *"Um die Umsetzbarkeit der Zumutbarkeitskriterien zu gewährleisten, ist die Beweislast umzukehren, d.h. der Arbeitslose muss beweisen, dass eine Stelle die er abgelehnt hat, nicht zumutbar ist."* Hier geht es im Grunde darum, dem Arbeitslosen jede Bedingung, unter der er arbeiten muß, diktieren zu können. Denn die Kriterien, was zumutbar ist, wird das Arbeitsamt festlegen - und zwar neu. Eine *"hohe Mobilität"*, sprich Einsetzbarkeit, in der ganzen Bundesrepublik als Kriterium wurde schon eingebracht. Davon hängt übrigens auch die Höhe des Arbeitslosengeldes in den ersten 6 Monaten ab (*"Pauschalleistungen mit drei Tagessätzen (Heimatkasse, Landeskasse, Bundeskasse; kostenneutrale Festlegung)"*). Wobei über die Kosten für Umzug, Reise usw. nichts vorgeschlagen wurde, so daß man davon ausgehen kann, daß der Arbeitslose das auch noch zu tragen hat. Aber es kommt noch schärfer. Die Pläne gehen hin zur einer weitgehenden Offenbarung, die der Arbeitslose über seine Verhältnisse leisten muß. Es heißt: *"Ein ganzheitlicher Finanz- und Familienstatus der Arbeitslosen muss erfasst werden."* Welcher Banker, welcher Manager, welcher Politiker würde sich das bieten lassen? Aber der Arbeiter, wenn er entlassen und arbeitslos ist, dem wird diktiert, sich weitgehend zu offenbaren! Das ist ein ganz und gar unerhörter Punkt, der aber die wirklichen Verhältnisse, die in diesem Staat herrschen - wer hier unter wessen Diktat steht - deutlich macht.

Seit Jahrzehnten wurde und wird hier eine Politik des Produktionsabbaus betrieben, und gestützt auf die internationale Ausbeutung, die dabei vorangetrieben wurde, durchgesetzt. Von der Schaffung produktiver, industrieller Arbeitsplätze ist nirgends die Rede bei der Hartz-Kommission. Das konnte man auch nicht erwarten, denn so etwas in nennenswertem Umfang hier wieder aufzubauen, ist vom Finanzkapital und von den herrschenden politischen Kreisen nicht gewünscht.

Millionen von Menschen wurden hier aus der Produktion rausgedrängt, wobei die Lage lange Zeit mit einem einigermaßen ökonomischen Auskommen für Arbeitslose, auch über längere Zeit, und diversen sog. "sozialen Abfederungen" beruhigt worden ist. Was auch heute noch, wenn auch auf niederem Maß, versucht wird. Über die Zeit wurden dann jedoch immer mehr und weiter Leistungen zusammengestrichen. Solche Vorhaben wie sie die Hartz-Kommission jetzt präsentiert hat, kennzeichnet allerdings durchaus eine neue Stufe in diesem Abbau.

Diese sog. "Moderne Dienstleistung am Arbeitsmarktes", wie die Hartz-Kommission die Vorhaben überschrieben hat, wird dem Kapital weitere Millionen arbeitsloser und gekündigter Arbeiter und Angestellte, zu niedrigem Lohn, als Leih- und Zeitarbeiter billig zur Verfügung stellen, auf einem "Arbeitsmarkt", wo der Produktionsabbau weiter geht und keine neuen nennenswerten Produktionen und Industrien entstehen. Ein Pool mit einem Millionenkontingent an Arbeitskräften wird zur Verfügung stehen, ohne auch nur auf annähernd entsprechende neue Arbeitsplätze zu treffen. Daß dies einen enormen Druck auf alle Arbeitsverhältnisse und Löhne hier ausüben wird, sollte wohl klar sein. Dem muß entschiedener Widerstand entgegen gesetzt werden.

In den Plänen der Hartz-Kommission kommt auch deutlich der wirkliche Charakter dieses Systems, das Erpresserische, Diktatorische, Ausbeuterische gegenüber den Arbeitern und Angestellten zum Ausdruck, was noch brutaler gegenüber den Arbeitern in anderen Ländern und Nationen praktiziert wird. Diesem eigentlichen Kern der Sache

muß man sich stellen, und werden sich die Arbeiter und Angestellten stellen müssen.

Über solche notwendigen Abwehrkämpfe hinaus, wie jetzt gegen die Pläne der Hartz-Kommission, muß versucht werden, Wege zu eröffnen, um einen gemeinsamen Kampf gegen die internationale Ausbeutung zu entfalten. Mit fortschrittlichen Kämpfen in allen Ländern und den Kämpfen der Kollegen gegen die Ausbeutung werden sich die Arbeiter und Angestellten verbinden müssen um diese zu unterstützen, mehr als bisher. Dabei muß man sich mit vielen Kräften international zusammenschließen und sehen wie man erfolgreich sein kann. Am internationalen Zusammenschluß von fortschrittlichen Kräften und Arbeitern zu arbeiten ist eine aktuelle Aufgabe.

Klas Ber

11./12. Juli 02

Zuerst als Internet-Statement 2002/18 erschienen

2.aktualisierte Auflage v.17.7.02

neue einheit

Zeitschrift für Politik, Ökonomie und Kultur

- Extrablatt Nr.60 -

© 2002, Verlag NEUE EINHEIT (Inh. H.Dicke);

Mallinckrodtstr 177, 44147 Dortmund und 10973 Berlin, Postfach 360 309

Telefon: 0231-8820207 bzw. 030-6937470 ;

E-mail: verlag@neue-einheit.com; Internet: <http://www.neue-einheit.com>